



Klaus Hagemann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stv. Vorsitzender des Petitionsausschusses
Mitglied im Haushaltsausschuss

Wahlkreisbüro Worms
Tel. 0 62 41 – 30 52 49
Fax: 0 62 41 – 30 52 54
klaus.hagemann@wk.bundestag.de
www.klaus-hagemann.de

Kampf um Postfilialen in Rheinhessen geht weiter

MdB Hagemann lud zu Gespräch zwischen
Postbeauftragtem und Ortsbürgermeistern

Rheinhessen, 24. März 2005

Das letzte Wort im Zusammenhang mit den geplanten Schließungen von Postfilialen in Rheinhessen ist noch nicht gesprochen. Diese Mitteilung konnte der regionale Politikbeauftragte der Deutschen Post AG, Friedhelm Schlitt, den von der geplanten Schließungswelle betroffenen Berggemeinden machen. Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Klaus Hagemann (SPD) waren die Ortsbürgermeister der Berggemeinden der Verbandsgemeinden Guntersblum und Nierstein-Oppenheim, die Landtagsabgeordnete und Ortsbürgermeisterin von Hahnheim, Sigrid Mangold-Wegner sowie die Inhaberin der Postagentur Uelversheim, Regina Lux, im Uelversheimer Rathaus zu einem Austausch von Argumenten zusammen gekommen.

Heidi Crosland, Beigeordnete aus Dienheim, konnte gleich zu Beginn der Diskussion die erfreuliche Botschaft verkünden, dass Dienheim die in der Post-Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV) vorgeschriebene Voraussetzung von 2.000 Einwohnern mit Erstwohnsitz mittlerweile erreicht habe. Die gesetzlichen Vorgaben für die Einrichtung einer stationären Postfiliale seien damit erfüllt und Schlitt sagte zu, die Einrichtung einer Filiale nun erneut zu prüfen. „In besonders begründeten Fällen, in denen eine Schließung der Filiale ursprünglich vorgesehen war, wurde die Entscheidung auch schon zurück genommen“, betonte Hagemann. Auch Uelversheim ist deshalb zuversichtlich, dass die Postfiliale im Ort bleibt. Ortsbürgermeister Stefan Ebling überreichte bei dem Treffen dem Post-Politikbeauftragten aus diesem Grund eine Unterschriftenliste gegen die geplante Schließung. Er verwies zusammen mit dem Ortsbürgermeister von Dolgesheim, Michael Schreiber, auch auf die Bedürfnisse der immer mehr werdenden älteren Mitbürger, für die über kurze und einfache Wege zu erreichende Postfilialen notwendig seien. Schlitt stellte

heraus, dass die geplanten Post-Schließungen in Uelversheim und in Dorn-Dürkheim, wenn sie denn kämen, gemäß der PUDLV zulässig seien.

Kriterien für Schließungen überdenken

Hagemann hob hervor, dass der in der PUDLV genannte Schwellenwert von 2.000 Einwohnern in zusammenhängend bebauten Wohngebieten nicht als „statischer Wert“ für die Einrichtung einer Postfiliale gelte, sondern weitere Gespräche zulasse. So spiele auch die Wirtschaftlichkeit einer Filiale eine entscheidende Rolle. Ebenso müsse bei Entscheidungen zudem die Anzahl der Nutzer der Agentur miteinbezogen werden und geprüft werden, welche Art die jeweils genutzten Dienstleistungen seien und ob die Filiale eine „zentral-örtliche Funktion“ erfülle, forderten Hagemann, der Ortsbürgermeister von Wintersheim, Markus Keller und Hans Günter Freitag, Ortsbürgermeister aus Weinolsheim. Für Uelversheim sei das Wirtschaftlichkeitskriterium wie auch die zentral-örtliche Funktion erfüllt, sagte die Agenturinhaberin Regina Lux.

Ebling und Freitag, gaben zu bedenken, dass auch viele Winzer ihre Geschäfte über die örtlichen Postfilialen abwickeln würden. In Dorn-Dürkheim nutzten die Filiale die großen Gewerbebetriebe, sagte der Ortsbürgermeister von Hillesheim, Helmut Schmitt. Hagemann wies darauf hin, dass in Dorn-Dürkheim sogar ein Kooperationsvertrag zwischen der Rheinhessenwein-GmbH und der DHL, dem Express-Dienstleister der Post, existiere.

Post sollte Wurzeln nicht vergessen

„Auch wenn die Post nach der Privatisierung als börsennotiertes Unternehmen gewinnorientiert arbeiten muss, so darf sie aber nicht die Serviceorientierung und ihre gemeinnützige Funktion gegenüber ihre Kunden vernachlässigen“, betonte Hagemann. Die Post dürfe nicht ihre Wurzeln kappen, unterstützte auch der Ortsbürgermeister von Eimsheim, Hans Joachim Eller, die Forderung des Bundestagsabgeordneten. Vor einem Kundenrückgang für die Post warnte dann auch Hans-Jochen Gerlach, Ortsbürgermeister von Dexheim. Die SPD-Landtagsabgeordnete Sigrid Mangold-Wegner erinnerte daran, dass es die Bundesbürger gewesen seien, die vor dem Börsengang der Post für die Wertschöpfung des Unternehmens gesorgt hätten. Deshalb habe die Post nun eine Verpflichtung den Bürgern gegenüber, auch in ländlichen und dünn besiedelten Regionen für die Versorgung ihrer Kunden zu sorgen.

Kein Ersatz für die stationären Postfilialen seien zudem die Einrichtungen des Mobilien Postservices. Die Ortsbürgermeister übten einstimmig Kritik an der Zuverlässigkeit und den

Serviceleistungen des Mobilien Postservices. Ein weiteres Problem seien die langen Fahrtwege nach Nierstein oder Oppenheim, die bei der Schließung der örtlichen Filialen auf die Bürger zukämen. Bereits jetzt seien die Filialen in Nierstein, Oppenheim und Guntersblum überlastet, berichtete Schmitt.

Hagemann bleibt auch in Berlin am Ball

„Wir dürfen nicht ruhig bleiben“, forderte Hagemann zum Abschluss der Diskussion alle Beteiligten auf, sich weiterhin für die Erhaltung von Postfilialen in Rheinhessen, zu engagieren. Der SPD-Abgeordnete hatte in Berlin bereits mit Monika Wulff-Matthies, der Leiterin des Zentralbereichs Politik und Umwelt der Deutschen Post World Net und dem zuständigen Bereichsvorstand, Friedhelm Schwarze, gesprochen und wird diesen erneut die ausgetauschten Argumente vortragen.